

Medienkonferenz: Kantone lehnen Milchkuh-Initiative ab

Referat von Regierungsrat Paul Federer, Präsident BPUK

Sehr geehrte Medienschaffende

Womöglich bin ich der überraschendste Kantonsvertreter hier auf dem Podium: Schliesslich vertrete ich die BPUK, die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz, also die kantonalen Strassenbauer und damit die einzigen Regierungsräte, die bei einer Annahme der Milchkuh-Initiative mit zusätzlichen Budgetmitteln rechnen dürften.

Wir sind gemeinsam mit den Gemeinden für über 95 Prozent des 70'000 Kilometer langen Schweizer Strassennetzes zuständig. Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Strassen finanzieren wir aus zweckgebundenen Steuern, Beiträgen des Bundes und aus dem allgemeinen Haushalt. So kommen uns Kantonen indirekt auch die Erträge aus der Mineralölsteuer zugute. Diese Erträge – wir haben es gehört – sollen mit der Milchkuh-Initiative zu 100 Prozent für die Strasse zweckgebunden werden. Dem kantonalen Strassenbau brächte die Initiative jährlich zusätzliche Mittel in der Höhe von 150 Millionen Franken ein. **Wie also kommt es, dass wir – die kantonalen Baudirektorinnen und Baudirektoren – dennoch klar gegen die Milchkuh-Initiative sind?**

Für die Ablehnung gibt es drei Hauptgründe:

1. Die Milchkuh-Initiative ist ein Nullsummenspiel – und zwar auch aus der Sicht der kantonalen Baudirektorinnen und Baudirektoren.
2. Echte Lösungen für die Verkehrsengpässe und die sich abzeichnenden Finanzierungsengpässe bietet der NAF, nicht die Milchkuh.
3. Schliesslich setzen wir uns ein für eine partnerschaftliche Verkehrspolitik. Es werden keine Verkehrsprobleme gelöst, wenn der private und der öffentliche Verkehr gegeneinander ausgespielt werden.

Erstens: Ich muss es – wie meine Vorredner – auch noch einmal sagen: **Es sind gigantische Summen, die hier umverteilt werden sollen;** 1.5 Milliarden oder 1500 Millionen Franken pro Jahr sollen weg von der Bildung, der Landwirtschaft usw. hin zur Strasse. Auch die Bundeszahlungen an andere Verbundaufgaben, wie beispielsweise Schutzwald oder Schutz vor Naturgefahren würden leiden. Das sind keine Peanuts.

Auf kantonomer Ebene träfen die zwingenden Einsparungen von 190 Millionen Franken – wie Regierungsrat Eymann ausführte – voraussichtlich in erster Linie die Bildung. Auch aus Sicht der Baudirektorinnen und Baudirektoren besteht **keine Not, die Bereiche „Strasse“ und „Bildung“ gegeneinander auszuspielen** – so wie das die Milchkuh-Initiative will: Wir können auch in Zukunft gleichzeitig ein top Bildungssystem unterhalten und ein exzellentes Strassennetz anbieten.

Überdies bauen wir Baudirektorinnen und Baudirektoren nicht bloss Strassen. Wir setzen uns ein für eine ganzheitliche, moderne Infrastruktur: für gute Strassen *und* für Gebäude, für eine sinnvolle Raumentwicklung, Planung des öV auf der Schiene und der Strasse, einen guten Hochwasserschutz und so weiter. Hier benötigen wir – gemeinsam mit Stimmbevölkerung und Parlament – **föderalistischen Handlungsspielraum**: Der Entscheid, welche Projekte prioritär umzusetzen sind, soll den Kantonen nicht von oben vorgeschrieben werden. Mit der Milchkuh-Initiative verlören die Kantone hier finanziellen Handlungsspielraum. Auch wir Baudirektorinnen und Baudirektoren verfechten einen Staatsaufbau, der eine Politik zulässt, die auf regionale Bedürfnisse eingehen kann.

Zum zweiten Grund, der aus Sicht der Baudirektorinnen und -direktoren gegen die Milchkuh-Initiative spricht: Seit kurzem befinden sich die Erträge aus der Mineralölsteuer im Sinkflug. Das ist mit der Zunahme von Elektroautos und immer energieeffizienteren Fahrzeugen zu erklären. Beliesse man die Strassenfinanzierung beim Stand von heute, würde ein Finanzierungsengpass drohen. Doch der Bund hat vorgesorgt: mit der Schaffung des **Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF**. Der Ständerat hat das NAF-Geschäft bereits behandelt und Mitte März dem Nationalrat überwiesen.

Was ist der NAF? Der NAF stellt die Strassenfinanzierung analog zur Finanzierung des Schienenverkehrs auf ein sicheres, langfristiges Fundament. Gemäss dem Ständeratsvorschlag flössen unter anderem dank einer Erhöhung der Mineralölsteuer-Zweckbindung von 50 auf 60 Prozent in Zukunft rund 760 Mio. pro Jahr zusätzlich in die Strassenfinanzierung. Das ist ziemlich exakt **eine halbe Milchkuh**. Der NAF bietet zudem Instrumente, wie die Verkehrsprobleme angegangen werden sollen: zum Beispiel mit einem fixen Anteil des Fonds von 9 bis 12 Prozent, der in die Agglomerationen fliessen soll – also da hin, wo 70 Prozent des Verkehrs stattfindet.

Die Milchkuh-Initiative hingegen ist eine reine Geldumverteilungsinitiative. Doch mit Geld allein ist es nicht getan:

- Nicht selten werden Strassenausbauprojekte mit Einsparungen bekämpft; diese würden mit der Annahme der Milchkuh-Initiative nicht weniger, sondern mehr, weil die radikale Milchkuh-Initiative die Fronten verhärtet, statt Brücken zu bauen.
- Es gibt nicht genügend baureife Projekte: Wir könnten das Geld auf die Schnelle gar nicht sinnvoll verbauen.
- Schliesslich ist insbesondere in den Städten und Agglomerationen kaum mehr Platz für einen weiteren Ausbau der Strassen vorhanden. Hier braucht es Gesamtmobilitätslösungen.

Zum dritten Ablehnungsgrund: Die Milchkuh-Initiative suggeriert, dass Autofahrer nur Auto fahren. Doch Autofahrerinnen und Autofahrer haben auch Kinder, die in die Schule gehen, sie haben ein Interesse an einer funktionierenden Landwirtschaft, sie benutzen den öV und wünschen schnelle Langsamverkehrsverbindungen. Oder um bei der Sprache der Initianten zu bleiben: Autofahrerinnen und **Autofahrer sind keine Kühe, sondern Staatsbürger**. Wir – ich bin auch Autofahrer – wollen nicht, dass mit einer kurz-sichtigen, extremen und einseitigen Initiative wichtige andere Staatsaufgaben abgebaut werden.

Die Grenzen zwischen MiV, öV und LV werden sich weiter verwischen – Stichwort: multimodale Transportketten. Schon heute empfiehlt es sich, den **Verkehr als Gesamtsystem** zu betrachten. Denn die

zunehmende Mobilität ist nur durch eine sinnvolle Kombination von Strassenverkehr, öV und Langsamverkehr zu bewältigen.

Zudem droht mit der Milchkuh-Initiative eine Mittelverschiebung vom öV zum Strassenverkehr. In den vergangenen Jahren betragen die Staatsausgaben (Bund, Kantone, Gemeinden) für den Strassenverkehr und den öV je rund 8 Milliarden Franken oder zirka 1.5 Prozent des BIP. Die Milchkuh-Initiative würde dieses Gleichgewicht durcheinander bringen, würde zu höheren ÖV-Preisen führen und damit letztlich zu einer Rückverlagerung des Verkehrs auf die Strasse. Die Folge wäre eine zusätzliche Belastung der Strassen, die vielerorts gar nicht mehr ausgebaut werden können. Kurz: **noch mehr Stau! Im Stau stünden nicht nur die Automobilisten, sondern auch die Transporteure und Güter. Daran kann niemand ein Interesse haben, selbst die Milchkuh-Initianten nicht.**

In aller Kürze: Wir, die BPUK, lehnen die Milchkuh-Initiative klar ab.

- Weil wir uns für eine gut ausgebaute Infrastruktur einsetzen, aber dafür keine anderen zentralen Staatsaufgaben gefährden wollen.
- Weil eine Geldumverteilungsinitiative alleine keine Verkehrsprobleme löst. Es braucht mehr: Es braucht den NAF.
- Und schliesslich, weil wir den Verkehr als Gesamtsystem betrachten und nur eine Kombination von Auto, öV und Langsamverkehr zielführend ist. Die Mobilität der Zukunft wird immer individueller und gleichzeitig immer öffentlicher: Vom Bahnhof werden wir künftig häufiger mit einem Auto nach Hause fahren, das uns nicht gehört, oder mit einem E-Bike, das wir sharen, also teilen. Die letzte Meile wird individueller, weil sie uns tatsächlich bis vor die Haustür führen wird, und doch wird sie auch öffentlicher, weil die Verkehrsmittel zunehmend geteilt werden. Die Milchkuh-Initiative ist nicht gemacht, um die Mobilität der nahen Zukunft zu finanzieren; **die Milchkuh-Initiative ist eine Initiative von vorgestern.** Das zeigt sich auch bei der Elektromobilität: Wer mit Strom fährt, nutzt die Infrastruktur heute fast gratis – auf Kosten der anderen Automobilisten. Mit der Milchkuhinitiative wird das zementiert.

Darum legen die kantonalen Baudirektorinnen und Baudirektoren am 5. Juni ein Nein zur Milchkuh-Initiative ein.